FÖDERATION DER PERSONALVERBÄNDE DER STAATSANGESTELLTEN DES KANTONS FREIBURG

Ausgeglichene Rechnung trotz Krise? Der Kanton Freiburg hätte die Mittel für mehr Grosszügigkeit!

Medienmitteilung
26 März 2021

Welcher Kanton kann es sich leisten, inmitten einer solchen Krise ausgeglichene Finanzen zu bewahren? Wenn der Staat sein Portemonnaie angesichts der jetzigen Lage nicht öffnet, um den Einsatz des Personals zu entschädigen oder zu belohnen, welche Katastrophe müsste ihn dann dazu bewegen?

Beim Blick auf die Staatsrechnung wird klar, dass sich der Staat etwas grosszügiger mit seinem Personal hätte zeigen können, insbesondere mit den Angestellten, die an vorderster Front gegen die Pandemie gekämpft haben.

Gemäss unseren Einschätzungen und den Rückmeldungen, die wir von Staatsangestellten erhalten, hat die Verwaltung der Pandemie gut standgehalten, ohne dass sich das Wohlbefinden des Personals zu stark verschlechtert hätte. Die vom Jugendamt gemeldeten Probleme sind nicht konjunkturell, sondern strukturell. Die Angestellten in diesem Bereich sind der Ansicht, dass das Personal für eine qualitativ angemessene Betreuung aller in ihrer Zuständigkeit stehenden Kinder nicht ausreicht.

Die Coronakrise hat offengelegt, dass die Spitalstrukturen auf wackligen Beinen stehen. Ohne interkantonale Solidarität hätte es Anfang November zum Kollaps kommen können. Der Kanton und der Staatsrat haben nicht das Recht, sich hinter dem Spitalfianzierungssystem zu verstecken, um sich ihrer politischen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Kantons zu entziehen. Es ist ihre Aufgabe, ausreichende finanzielle Mittel für die Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Gesundheitswesens für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons bereitzustellen, unabhängig von deren Wohnort.

Der Kanton kann nicht darauf verzichten, sich entschieden für die Verbesserung der Spitalinfrastruktur, ausreichend Personal und ein angemessenes Lohnniveau einzusetzen. Es ist seine Pflicht, in das Spitalsystem zu investieren, dessen Finanzierung heute ungenügend ist. Das ist der einzige Weg, wie hochwertige medizinische Leistungen für alle Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons sichergestellt werden können.

Die FEDE erwartet vom Staatsrat und vom Parlament, dass sie umfangreiche Mittel sprechen, um ihre politische Verantwortung in diesem Bereich wahrzunehmen. Das Personal an vorderster Front – insbesondere das Pflegepersonal – zählt darauf, dass sein Einsatz angemessen belohnt wird, sowohl in Sachen Lohn als auch in Sachen Personaldotation. Es ist uns klar, dass Personalverwaltung keine einfache Sache ist, doch der Schutz des Wohlbefindens des Pflegepersonals und des medizinischen Personals muss verbessert werden. In Anbetracht der grossen Opfer, welche das Personal im Zuge der Sanierung der Pensionskasse erbracht hat, könnte sich der Staat ein wenig fortschrittlicher zeigen, indem er beispielsweise einen Vaterschaftsurlaub, der diesen Namen verdient, oder Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben finanziert.

Wer im Herbst für die Wahl in den Staatsrat kandidiert, sollte sich unbedingt zu seiner oder ihrer Vision des kantonalen Spitalsystems äussern. Die FEDE wird aufmerksam verfolgen, inwiefern die Kandidierenden sich dafür einsetzen, dass die Bevölkerung die hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen erhält, die sie verdient.

Kontakt: Bernard Fragnière, Président FEDE, 079 707 18 39